

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeitungsbreis monatlich drei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne
Sondergebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Reichsstraße 1 u. 2 / Redaktion:
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schulstraße 1 / Dresden-2. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Doppelseite oder deren Raum 0,30 RM., für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Reklamenseite anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-2, Güterbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Belastung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 17. Oktober 1927

Nummer 243

Großer Wahlsieg der KPD

Gewaltiger Zuwachs der kommunistischen Stimmen bei den tschechischen Gemeindevahlen / Streikbeginn im mittel-
deutschen Braunkohlengebiet / Zehn Jahre Sowjetunion / Beginn der Zubehfeiern in der Sowjetunion

Die Wahlen in der Tschechoslowakei

Reichenberg, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die bisherigen Meldungen über die Wahlergebnisse bei den
tschechischen Gemeindevahlen zeigen allgemein einen großen Auf-
schwung der kommunistischen Stimmenzahlen sowohl gegenüber
den letzten Gemeindevahlen 1923 als auch gegenüber den Par-
lamentwahlen von 1925, wo die Partei bereits einen großen
Erfolg feierten konnte. Vorläufige und unvollkommene Mel-
dungen liegen vor aus den Bezirken Reichenberg, wo die Kom-
munisten über 1200 Stimmen und 14 Mandate gewannen, aus
dem Kumburger Bezirk, wo der Zuwachs 1300 Stimmen und
11 Mandate beträgt, aus dem Bezirk Grottau mit 300 Stimmen
Gewinn und 3 Mandaten Zuwachs, aus dem Bezirk Deutschgabel
mit 1200 Stimmen Zuwachs und aus aus Gablonz mit einem
großen Stimmengewinn. Im Böhmer Kreis konnte die Partei
ihre Stimmen in vielen Orten bis zu 100 Prozent steigern. In
Praag hat die kommunistische Partei bisher ca. 5000 Stimmen
Zuwachs. In den Kreislorten sind hier im Durchschnitt 40 Pro-
zent Zunahme zu verzeichnen. Im Bezirk Röhmerstadt haben die
Kommunisten allgemein 1440 Stimmen gewonnen und im Bezirk
Koblenz 2200 Stimmen gewonnen. Ähnlich unvollkommene
Resultate liegen aus vielen anderen Gemeinden vor. Das Ge-
samtergebnis steht noch aus, wird aber den Erfolg der tschechischen
Arbeiterpartei nur noch vergrößern.

Über den glänzenden Erfolg unserer tschechischen Bruder-
partei geben folgende Vergleichszahlen ein anschauliches Bild.
Es wurden an Stimmen abgegeben:

Bez. Kumburg KPD	1923	16. Okt. 1927
KPD	4800	6070
Chr.-soz.	600	973
Agarpartei	3500	2140
Aratau KPD	3200	3548
Agarpartei	1584	1300
Gablonz KPD	2882	4043
Deutschgabel KPD	4280	5433
Friedland KPD	5558	6746
Reichenberg KPD	3029	9828

Prag Vorläufiges Teilergebnis

Nach dem heute morgen vorliegenden Teilergebnis wurden
in Prag abgegeben:

	1923	1927
Kommunisten	60 762	70 699
Tschechische Sozialdemokraten	47 787	47 683
Nationalsozialisten	104 286	95 128
Tschechische Nationaldemokraten	79 440	70 543
Gewerkepartei	26 988	24 555
Tschechisch-Klerikale	27 352	24 775
Agarier	10 551	6 787
Hausbesitzer	—	7 305
Wähler	—	9 998
Juden	9 327	8 282

Im Karlsbader Gebiet, wo die kommunistische Partei in
den letzten Gemeindevahlen zum ersten Mal kandidierte, ist in einigen Orten
ein gewaltiger Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Der Stimmenzuwachs von
70 Prozent zu verzeichnen. Im Vergleich zu den letzten Wahlen
hat die Partei 220 Mandate und insgesamt 5500 Stimmen ge-
wonnen. Die Sozialdemokraten haben in einer großen Zahl von
Gemeinden einen bedeutenden Stimmenverlust erlitten.

Im Ausitzer Gebiet

Im Ausitzer Gebiet sind durchweg
die besten Erfolge zu verzeichnen. Der Stimmenzuwachs
beträgt mitunter bis 100 Prozent. Im Brüxer Bezirk beträgt
die Gesamtzahl der Stimmen 37 000, die Kommunisten haben
hier 7222 früher 4825. In Teplitz-Schönau haben die Kommu-
nisten jetzt 1125, 1925 771. In Aussig (Stadt) erhielten die
Kommunisten 3271 Stimmen (300 Stimmen gewonnen).

Wieder hat die 3. Internationale einen gewaltigen Sieg
erzielt. Nach Hamburg, Königsberg, Warschau und Lodz
hat die Tschechoslowakei. Hier fanden gestern die Gemeindev-
wahlen statt. Die tschechische Bürgerblutregierung hatte kein
Mittel unternommen, den Kommunisten Abbruch zu tun.
Selbst der ungezügelter Klassenkampf befürchtete der Bürger-
blut den Vormarsch der KPD. Um nicht die ganze Macht
der Stimmen zur Geltung kommen zu lassen, hat die Regierung
die Gemeindevahltermine erst vor drei Wochen verlegt. Sie
hat die Wahltermine zerissen und auf zwei Tage verteilt.
Nächste Woche erst finden weitere Wahlen in fast der Hälfte der
Gemeinden statt. Die Wahlen sollten nicht unter dem politischen
Gesichtspunkt geführt werden. Die Kommunisten haben
aber dennoch die Wahlen unter allgemein politischer Führung
des Kampfes gegen den Bürgerblut, unter den Forderungen der

Zehn Jahre Sowjetunion

Beginn der Zubehfeiern

Weningrad, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Mitglieder der Sowjetregierung und des Zentral-
exekutivkomitees der Sowjetunion sind in Weningrad einge-
troffen, wo die Jubiläumstagung des Zentralregulativkomitees
der Sowjetunion stattfindet. Das Proletariat von Weningrad
bereitete ihnen einen feierlichen und großartigen Empfang, der
sich zu gewaltigen Kundgebungen der Einheit der Bevölkerung
der ersten Stadt mit der zentralen Sowjetmacht gestaltete. Auf
dem Platz vor dem Bahnhof fanden zahlreiche Arbeiterdele-
gationen aus den Weningrader Betrieben mit Bannern und
Musikbänden. Die Delegierten bildeten Spalier und begrüßten den
Regierungsmittelschiffen härmliche und überwältigende Ovationen
dar. Die Straßen waren seit dem frühen Morgen außerordent-
lich belebt, die ganze Stadt festlich geschmückt.

7-Stundentag in der USSR

Ein Manifest an die Werktätigen der ganzen Welt

Weningrad, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Jubiläumstagung der Zentralregulativ der Sowjet-
union im Reichspalast, an der 632 Mitglieder des Zentral-
komitees und die Volkskommissare teilnehmen, wurde durch den
Genossen Kollontaj eröffnet und beschloß ein Manifest an alle
Werktätigen der Sowjetunion und an die Proletarier aller Län-
der und die Unterdrückten der ganzen Welt. Das Manifest
bezeichnet das Duzenium der Sowjetmacht die größte Errungen-
schaft der revolutionären Bewegung des Proletariats. Das
Manifest gibt einen Überblick über den Kampf des Sowjetlandes,
die innere Gegenrevolution der ausländischen Interventions-

armeen, den späteren Übergang nach Befreiung der Feinde zu
friedlichem Aufbauwerk. Die Lösung der wirtschaftspolitischen
Probleme, heißt es in dem Manifest weiter, ist dadurch möglich
geworden, daß die Revolution das Land von der Invasion aus-
ländischer Kapitalisten durch das Auktionenmonopol schützte
und von der Last der Jaren- und Kerenfiskalulden befreite.

Zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution beschloß, wie es
in dem Manifest weiter heißt, das Zentral-Exekutivkomitee der
Sowjetunion: 1. den Industriearbeitern im Ver-
laufe der nächsten Jahre den Übergang vom
Achtstundentag zum Siebenstunden-
arbeitstag zu sichern; 2. die Staatszuschüsse für den
Arbeiterwohnungsbaun um 50 Millionen Rubel gegenüber dem
Vorjahr zweifach zu erhöhen; 3. von
der landwirtschaftlichen Einheitssteuer weitere 10 Prozent wirt-
schaftlichschwacher Bauernhöfe zu befreien; 4. die Schulden der
jenigen Bauernschaften, welche im Winterjahre 1924/25 vom
Staate Anleihen erhielten, zu annullieren; 5. das Präsidium
und den Rat der Volkskommissare mit der Ausarbeitung eines
Gesetzes über die allmähliche Einführung einer allge-
meinen Staatspension für Personen hohen Alters aus
der ärmeren Bauernschaft zu beauftragen; 6. im Staatsbudget
1927/28 weitere 15 Millionen für den Schulbau an den Dörfern
und für Arbeiterwohnungen bereitzustellen; 7. aus den Straf-
gesetzen der Sowjetrepubliken die Todesstrafe für Ver-
brechen außer für Staats- und Militärver-
brechen und bewaffnetes Banditentum auszu-
schließen; 8. das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees
zu beauftragen, Kürzungen von Strafen gerichtlich und diszipli-
nariell herbeizuführen — außer den Strafen aktiver Mitglieder
politischer Parteien, welche den Sturz der Sowjetmacht anstreben,
und böswilliger Defraudanten und Bestechener — vorzunehmen.

80 000 Bergarbeiter im Streik

heute Streikbeginn

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner Montagpresse beschäftigt sich in großer Auf-
merksamkeit mit dem heute beginnenden mitteldeut-
schen Bergarbeiterstreik. Die bürgerlichen Blätter sind
sich einig in großen Vorwürfen gegen das Reichsbergbau-
ministerium und das Wirtschaftsministerium sowie gegen die Reichs-
regierung, die den Ausbruch des Kampfes der Bergarbeiter unter
allen Umständen verhindern sollten. Ein Teil der Presse fordert
von dem Reichstag sofortige Maßnahmen zum Ausbruch des

Streikes. Die bürgerliche Presse äußert ihre Befürchtungen und
Platznahmen darüber, ob der Kampf auf andere Industrie-
zweige übergegriffen wird und fordert rechtzeitige Gegenmaß-
nahmen. Weiter begrüßt die nationalsozialistische Presse die An-
strengungen der Gewerkschaftsführer, während des Streiks alle
politischen Versammlungen und Kundgebungen möglichst zu ver-
hindern, damit der „rein wirtschaftliche Charakter
des Streikes“ auf alle Fälle gewahrt bleibe.

Heute treten in Mitteldeutschland und der Niederlausitz ca.
80 000 Braunkohlenarbeiter in den Streik. Dem Streik gingen
lange Verhandlungen voraus. Die Arbeiter der gesamten deut-
schen Braunkohlenindustrie werden seit der großen Niederlage
des deutschen Proletariats im Herbst 1923 ganz besonders brutal
und rücksichtslos ausgebeutet. Durch das damals geschaffene
Ermächtigungsgesetz wurde ihnen der Achtstundentag
geraubt, und sie wurden gezwungen, täglich in einem Zwei-
schichtensystem 12 Stunden zu arbeiten. Für diese lange
und schwere Arbeit bekommen sie 3,20 bis 5,75 Mark pro Schicht.
Sie fordern nun eine generelle Lohnerhöhung für alle Arbeiter-
kategorien von 80 Pfennig pro Schicht.

Die Unternehmer lehnen jede Lohnerhöhung
vollkommen ab. Sie erklären zwar selbst, daß sie aus
sozialen Gründen die Notwendigkeit der Lohnerhöhung aner-
kennen, jedoch zu deren Durchführung außerstande wären, wenn
die Staatliche Kohlenkommission (die in Deutschland die Kohlen-
preise bestimmt) nicht eine entsprechende Erhöhung
der Kohlenpreise zulassen wird. Das ganze Be-
streben der Unternehmer in den letzten Wochen ging deshalb da-
hin, von der Regierung mit dem Hinweis auf den drohenden
Streik eine Kohlenpreiserhöhung zu erpressen. Dies wurde je-
doch mit Recht abgelehnt, da nachweislich die Braunkohlen-
industrie in den letzten Jahren riesige Gewinne erzielte, die zwar
durchweg in den Rechnungsbüchern der Aktiengesellschaften
verschleiert wurden. Die Gewinne in der Braunkohlenindustrie
basierten neben der langen Arbeitszeit und den niedrigen Löhnen
vor allem auf der gerade in diesem Industriezweig in sehr weit-
gehendem Maße durchgeführten Rationalisierung. In den großen
Gruben wurde die Arbeitsleistung pro Mann in den letzten zwei
Jahren bis auf das Vierfache gesteigert.

Die Bergarbeiterverbände haben seit zwei Jahren die Taktik
verfolgt, jedem Kampf auszuweichen. So wurde schon wieder-
holt der Arbeitszeittarifvertrag gekündigt mit der Forderung
auf Wiedereinführung des Dreischichtensystems mit der acht-
stündigen Arbeitszeit, doch jedesmal wurden die Arbeiter durch
verbindlich erklärte Schiedsprüche am Kampf um den Acht-